

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

|                                                                                               |                                                                |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------|
| Ausschussbetreuender Fachbereich<br><b>Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung</b>        | Datum<br>24.04.2007                                            |
|                                                                                               | Schriftführung<br>Christian Ruhe                               |
|                                                                                               | Telefon-Nr.<br><b>02202/142237</b>                             |
| <b>Niederschrift</b>                                                                          |                                                                |
| <b>Hauptausschuss</b>                                                                         | <b>Sitzung am Dienstag, dem 17. April 2007</b>                 |
| Sitzungsort<br><br>Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)<br><br>17:04 Uhr - 19:15 Uhr |
|                                                                                               | Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)<br>keine                   |
| <b>Sitzungsteilnehmer</b><br>Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis                          |                                                                |
| <b>Tagesordnung</b>                                                                           |                                                                |

**A     Öffentlicher Teil**

- 1.     Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2.     Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3.     Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 13.02.2007 - öffentlicher Teil -  
209/2007**
- 4.     Mitteilungen des Bürgermeisters**
  - 4.1    Mitteilung zum Mobilen Bürgerbüro**
  - 4.2    Mitteilung zur Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebunds für den Regierungsbezirk Köln**
  - 4.3    Mitteilung zu einem Eilantrag von Mitgliedern der Fraktion BfBB zum Haushalt**

**2007**

- 4.4 Mitteilung über die Ergebnisse der Kundenbefragung im Bereich Bauaufsicht**
- 5.1 Städtebauförderung im Rahmen der Regionale 2010**  
*226/2007*
- 5.2 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtmitte"**  
**- Vorbereitung der Sanierung und Beteiligung der Öffentlichkeit und der Betroffenen**  
*227/2007*
- 6. Bau einer Rettungswache Bergisch Gladbach-West**  
*190/2007*
- 7. XVII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach**  
*193/2007*
- 8. Zustimmung zur externen Ausschreibung von vier Stellen im Bereich 7/67 - Stadtgrün -**  
*223/2007*
- 9. Entsendung von städtischen Vertretern in den Verein "Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V."**  
*208/2007*
- 10. Bericht über die Anwendung der Experimentierklausel nach § 126 Gemeindeordnung**  
*169/2007*
- 11. Bericht aus dem Integrationsbeirat**  
*222/2007*
- 12. Genehmigung einer Dienstreise von Vertretern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen nach Köln**  
*228/2007*
- 13. Anträge der Fraktionen**
- 13.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2007 zur Erstellung und Einführung eines Prämiensystems für besondere Leistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung**  
*214/2007*
- 14. Anfragen der Ausschussmitglieder**

|            |                                                                                                                                                        |
|------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>B</b>   | <b><u>Nicht öffentlicher Teil</u></b>                                                                                                                  |
| <b>1.</b>  | <b>Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -</b>                                                           |
| <b>2.</b>  | <b>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 13.02.2007 - nicht öffentlicher Teil -</b><br><i>210/2007</i>  |
| <b>3.</b>  | <b>Mitteilungen des Bürgermeisters</b>                                                                                                                 |
| <b>3.1</b> | <b>Mitteilung zu einer städtepartnerschaftlichen Einladung aus Marijampole</b>                                                                         |
| <b>4.</b>  | <b>Bestellung eines weiteren stellvertretenden Wehrführers für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach</b><br><i>207/2007</i>            |
| <b>5.</b>  | <b>Zustimmung zu einer externen Einstellung im Rahmen des Projektes "Regionale 2010" für die Zeit vom 01.09.2007 bis 31.08.2010</b><br><i>224/2007</i> |
| <b>6.</b>  | <b>Liquidation der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH (SRS)</b><br><i>137/2007</i>                                                                   |
| <b>7.</b>  | <b>Anträge der Fraktionen</b>                                                                                                                          |
| <b>8.</b>  | <b>Anfragen der Ausschussmitglieder</b>                                                                                                                |

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 14. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Herr Nagelschmidt (CDU), Herr Zalfen (SPD) und Frau Ryborsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt.

Sie werden vertreten durch Frau Bendig (CDU), Herrn Hoffstadt (SPD) und Herrn Ziffus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Herr Orth benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung mit den dazugehörigen Vorlagen, übersandt mit Schreiben vom 04.04.2007.

Herr Freese fragt, warum die Vorlage zu TOP B 5 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werde. Er sehe dafür nach dem Inhalt der Vorlage keine Notwendigkeit.

Herr Orth antwortet, dass Personalangelegenheiten grundsätzlich im nicht öffentlichen Sitzungsteil behandelt werden.

#### 2. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift über die Sitzung vom 13.02.2007 - öffentlicher Teil - wird einstimmig genehmigt.

#### 3. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 13.02.2007 - öffentlicher Teil -

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### 4. <-@ Mitteilungen des Bürgermeisters

##### 4.1 Mitteilung zum Mobilen Bürgerbüro

@-> Herr Orth berichtet, dass am Freitag, dem 20.04.2007 in den Räumlichkeiten der Kreissparkasse Köln in Refrath die Eröffnung des Mobilen Bürgerbüros gefeiert werde. Er lade alle Ratsmitglieder herzlich zur Teilnahme an dieser Veranstaltung

ein.

<-@

#### **4.2 Mitteilung zur Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes für den Regierungsbezirk Köln**

- @->** Herr Orth weist darauf hin, dass am 18.06.2007 um 10:30 Uhr die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes für den Regierungsbezirk Köln in Bad Honnef stattfinden werde. Die Fraktionen sollten der Verwaltung (FB 1-103, Frau Monheim) frühzeitig bekannt geben, welche Vertreter sie zu dieser Veranstaltung entsenden wollen, damit die entsprechenden Dienstreisegenehmigungen rechtzeitig eingeholt werden können.

<-@

#### **4.3 Mitteilung zu einem Eilantrag von vier Ratsmitgliedern der Fraktion BfBB in Bezug auf die Beschlussfassung zum Haushalt 2007**

- @->** Herr Orth berichtet, dass vier Ratsmitglieder der BfBB-Fraktion einen Eilantrag gegen den Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht hätten. Die Antragsteller hätten sich in Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Haushalt 2007 auf eine Verletzung ihrer Informationsrechte als Ratsmitglieder berufen. Das Verwaltungsgericht Köln habe den Eilantrag als unbegründet zurückgewiesen. Das Gericht stütze seine Entscheidung darauf, dass weder die Unterrichtung der Antragsteller im Vorfeld der Ratssitzung, noch der Ablauf der Ratssitzung selbst eine Verletzung der aus § 43 Gemeindeordnung NRW abgeleiteten Informationsrechte erkennen lasse. Die Kammer hebe hervor, dass alle Fraktionen rechtzeitig informiert worden seien, insbesondere durch die gesonderten Präsentationen des Stadtkämmerers über die wesentlichen Punkte des Haushaltes in den Fraktionen. Der Kämmerer habe allen Fraktionen angeboten, nach Vorlage der aktuellen Zahlen für ergänzende Fragen und ein erneutes Gespräch zur Verfügung zu stehen. Da die Mitglieder der BfBB-Fraktion diese Informationsmöglichkeit nicht genutzt hätten, könnten sie sich auf eine Verletzung von Informationsrechten nicht berufen. Es falle in den eigenen Verantwortungsbereich der Ratsmitglieder, wenn sie es unterlassen, sich in angemessenem Umfang zu informieren, obwohl diese Möglichkeit bestanden hat. Das Gericht führe weiter aus, dass die auf aktuellen Zahlen basierenden Änderungsvorschläge zum Haushalt noch so rechtzeitig vor den Sitzungen des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und des Rates gekommen seien, dass die Möglichkeit zu einem Austausch innerhalb der Fraktion gegeben war. Eine Verletzung von Informationsrechten sei auch in diesem Zusammenhang nicht festzustellen. Der Beschluss des Gerichtes mache weiter deutlich, dass es nicht Aufgabe des Bürgermeisters in einer Ratssitzung sein könne, Fragen aus einem ihm überreichten Text - einer Haushaltsrede - „herauszusuchen“. Dies gelte insbesondere auch deshalb, weil die Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der BfBB-Fraktion keinen konkreten Fragenkatalog, sondern eine Vielzahl von zum Teil in Frageform gekleideten Feststellungen und rhetorischen Fragen enthielte, welche ersichtlich nicht auf den Erhalt von Informationen, sondern die politische Wirkung nach außen gerichtet waren. Die mündlich gestellten Fragen seien in ausreichender Weise beantwortet worden. Abschließend hebe die Kammer in ihrem Beschluss vom 04.04.2007 hervor, dass sich das Wesen des Informationsrechtes nicht auf eine öffentliche Diskussion in der Ratssitzung erstrecke. Das moderne

parlamentarische System sei in Anbetracht nicht unerheblicher Spezialisierungen in einzelnen Bereichen dadurch geprägt, dass ein Großteil der Arbeit und der Diskussionen nicht im Plenum zu leisten sei, sondern in den Ausschüssen durchgeführt werde. Dies werde von den Antragstellern verkannt, wenn sie eine Verlagerung von Diskussionen in die Ausschüsse rügen.

Herr Lang weist darauf hin, dass die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln noch durch Beschwerde angefochten werden könne.

Herr Waldschmidt führt aus, dass die Mitglieder der BfBB-Fraktion nun schon zum wiederholten Male den Bürgermeister mit völlig abwegigen verwaltungsgerichtlichen Verfahren überziehen würden. Die BfBB-Fraktion finde dabei bereits keinen Anwalt mehr, der Willens sei, sie zu vertreten. Es würden der Stadt erhebliche Kosten entstehen, weil die Verfahren hohen Verwaltungsaufwand verursachen. Er bitte die BfBB-Fraktion, dieses Verhalten einzustellen und zu versuchen, konstruktiv an der politischen Willensbildung mitzuarbeiten.

Er bitte den Bürgermeister, dem Hauptausschuss und der Öffentlichkeit mitzuteilen, in welcher Höhe für die Verwaltung und für die BfBB-Fraktion durch den Eilantrag Kosten entstanden seien.

Herr Orth antwortet, dass der Aufwand nicht unerheblich gewesen sei. Er werde sich um eine sachgerechte Beantwortung bemühen. Dabei sei es jedoch nur schwer möglich, einen genauen Geldbetrag zu berechnen.

Herr Lang stellt fest, dass die Mitglieder der BfBB-Fraktion ein Recht auf Informationen hätten. Es sei natürlich bequemer, auf das Einholen von Informationen zu verzichten. Die Ratsmitglieder hätten jedoch das Recht und die Aufgabe, zu streiten und zu diskutieren, und dazu sei das Einholen von Informationen nötig.

#### <-@ 4.4 **Mitteilung über die Ergebnisse der Kundenbefragung im Bereich Bauaufsicht**

@-> Herr Schmickler berichtet, dass bei der im vergangenen Jahr durchgeführte Kundenbefragung zur Zufriedenheit mit der Bauaufsicht ca. 300 Männer und Frauen mündlich nach einem Termin im Bereich Bauaufsicht befragt worden seien. Zudem seien über 900 Fragebögen verschickt worden, von denen im Zeitraum März bis November ca. 300 ausgefüllt wieder zurückgeschickt worden seien. Bereits die Befragung im Jahre 1997 habe eine hohe Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden in Bezug auf die Arbeit der Bauaufsicht verdeutlicht. Die Befragung aus dem Jahr 2006 habe in einigen Bereichen sogar eine noch höhere Kundenzufriedenheit als 1997 deutlich gemacht. Die Bauaufsicht habe ihr hervorragendes Niveau halten können. Dabei sei die durchschnittliche Bearbeitungszeit 2006 etwas schlechter als 1997 beurteilt worden, obwohl diese sich verbessert habe. Dies mache deutlich, dass die Ansprüche der Kundinnen und Kunden gestiegen seien. Für einige Punkte, die kritisch beurteilt wurden, seien bereits Verbesserungsmöglichkeiten erarbeitet und umgesetzt worden.

Herr Ziffus bittet um eine schriftliche Mitteilung über die Anzahl der von 1997 bis heute erteilten Baugenehmigungen.

<-@

## **5.1 Städtebauförderung im Rahmen der Regionale 2010**

**@->** Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **5.2 <-@ Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtmitte" - Vorbereitung der Sanierung und Beteiligung der Öffentlichkeit und der Betroffenen**

**@->** Herr Ziffus erläutert, dass die städtebaulichen Mängel der Bergisch Gladbacher Innenstadt dem Rat seit mehr als zehn Jahren bekannt seien. Er frage sich, warum in diesem langen Zeitraum nichts unternommen wurde. Er bitte den Bürgermeister, über alle Überlegungen der Verwaltung zur Gestaltung der Innenstadt, insbesondere über Planungen zur Verkehrsführung, frühzeitig informiert zu werden unter Darstellung von Alternativen. Diese Diskussion müsse offen geführt werden.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, dass die Skizze des Sanierungsgebietes auf Seite 21 der Einladung nicht mit der schriftlichen Umschreibung auf Seite 17 (Ziffer 2.4) übereinstimme. Er fragt zusätzlich, inwieweit die Aussage der Vorlage (Ziffer 4.1), dass im Wesentlichen städtische Grundstücke in die Sanierung einbezogen würden, richtig sei.

Herr Albrecht weist ergänzend darauf hin, dass heute noch gar nicht abgesehen werden könne, ob auf die Erhebung von Ausgleichsbeiträgen von privaten Grundstückseigentümern verzichtet werden kann. Ziffer 4.1 sei insgesamt sehr beschönigend formuliert und solle überarbeitet werden.

Herr Orth erläutert, dass die zeichnerische Darstellung des Sanierungsgebietes die korrekte Darstellung sei. Da es sich um einen Grundsatzbeschluss handle, seien konkrete Auswirkungen auf Privatpersonen noch nicht eindeutig ersichtlich. Die Möglichkeit, dass auch private Grundstücke in Sanierungsmaßnahmen einbezogen werden könnten, sei jedoch grundsätzlich gegeben.

Frau Müller-Veit ergänzt, dass die Aussage unter Ziffer 4.1 der Vorlage richtig sei. Die Grundstücke, für die Sanierungsmaßnahmen in Frage kommen, lägen hauptsächlich im Eigentum der Stadt. Dies mache die Zielformulierung unter Ziffer 2.3 deutlich. Das Land fördere keine privaten Maßnahmen. Das Umfeld der Privatgrundstücke solle daher so hergerichtet werden, dass Privatinvestitionen dadurch angeregt werden. In diesem Zusammenhang sei die Befürchtung von Herrn Albrecht unbegründet.

Frau Hammelrath erläutert, dass es wichtig und notwendig sei, neben der Bewilligung von Landesmitteln auch private Investoren für die Sanierungsmaßnahme zu gewinnen. Der Einschätzung von Frau Müller-Veit könne sie sich jedoch nicht anschließen.

Frau Beisenherz-Galas führt aus, dass es bisher ungeklärt sei, welche Kosten die Stadt Bergisch Gladbach zu tragen habe. Sie habe gehört, dass die Maßnahme insgesamt ca. 10-14 Mio. EUR kosten würde. 1/3 dieser Kosten habe die Stadt zu tragen. Nach ihrer Einschätzung werde die Innenstadtsanierung jedoch wesentlich mehr kosten. Sie habe die Befürchtung, dass die Stadt dann in anderen Haushaltsbereichen vor dem Hinter-

grund des Haushaltssicherungskonzeptes noch mehr Einsparungen vornehmen müsse. Sie könne dem Beschlussvorschlag nur zustimmen, wenn gewährleistet werde, dass keine weiteren Einsparungen in sozialen und kulturellen Bereichen auf Grund der Sanierungsmaßnahme vorgenommen werden.

Herr Schmickler antwortet, dass für das Projekt Innenstadtsanierung mit Fördermitteln in Höhe von ca. 10 Mio. EUR zu rechnen sei. Die Förderquote werde wahrscheinlich bei 70% liegen. Das bedeute, dass die Stadt ca. 4 Mio. EUR für die Sanierungsmaßnahme selbst tragen müsse. Dabei sei die Aussage von Frau Hammelrath richtig, dass die Stadt sich um private Co-Finanzierung bemühen müsse. Dies sei, genauso wie die Co-Finanzierung durch Bundesmittel, Voraussetzung für die Bewilligung von Landesmitteln.

Herr Orth ergänzt, dass die Regeln des Haushaltssicherungskonzeptes natürlich auch für die Innenstadtsanierung beachtet werden müssten. Dabei werde eine Prioritätenliste für Investitionen aufgestellt. Der Rat habe dann zu entscheiden, welche Investitionen vorrangig getätigt werden sollen.

Herr Freese regt zu Ziffer 3 der Vorlage an, die dort angesprochene öffentliche Informationsveranstaltung bereits früher durchzuführen, damit Anregungen und Bedenken noch in der Zeit der öffentlichen Auslegung (bis 14.05.2007) in die Diskussion und Beschlussfassung einfließen könnten. Damit habe die Stadt schon beim Bebauungsplan Gohrsmühle gute Erfahrung gemacht.

Herr Orth verweist auf den beabsichtigten Zeitplan: Nach dem heutigen Grundsatzbeschluss solle nach der in Ziffer 3 beschriebenen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Betroffenen in der Sitzung des Planungsausschusses am 31.05.2007 über die Ergebnisse der Beteiligung informiert werden. In der Sitzung des Hauptausschusses am 12.06.2007 solle dann die Beratung zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes und zur Sanierungssatzung erfolgen. Der Rat solle dann in seiner Sitzung am 19.06.2007 entscheiden.

Herr Ziffus schlägt vor, Ziffer II. des Beschlussvorschlages wie folgt zu ergänzen:

„Der Hauptausschuss stimmt dem vorliegenden Bericht über die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Gründe der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Stadtmitte“ zu und beschließt die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Betroffenen gemäß § 137 BauGB.“

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP folgenden **Beschluss**:

- I. Der Hauptausschuss billigt die Vorbereitung einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme „Innenstadt“ gemäß §§ 136 ff. Baugesetzbuch (BauGB).

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden ergänzten **Beschluss**:

- II. Der Hauptausschuss stimmt dem vorliegenden Bericht über die ökonomi-

schen, ökologischen, sozialen und kulturellen Gründe der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Stadtmitte“ zu und beschließt die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Betroffenen gemäß § 137 BauGB.

6. **Bau einer Rettungswache Bergisch Gladbach-West**

@-> Herr Dr. Kassner erläutert, dass der jetzige Standort der Freiwilligen Feuerwehr (Steinbreche/Marktplatz) in Refrath für einen Ausbau ungeeignet sei. Er plädiere ausdrücklich für einen neuen Standort. Die CDU-Fraktion schlage vor, die Rettungswache „Bergisch Gladbach-West“ an der Kreuzung Frankenforster Straße/Rather Straße/Brüderstraße an der Autobahnauffahrt zu errichten. Der Standort Steinbreche/Marktplatz solle nicht weiter favorisiert werden.

Herr Orth entgegnet, dass der Beschlussvorschlag lediglich die Vornahme der Prüfung geeigneter Standorte vorsehe und nicht bereits die Festlegung eines geeigneten Standortes. Man solle aber schon heute festlegen, dass die neue Rettungswache mit dem Feuerwehrgerätehaus zusammen gebaut werde. Für diese Gebäudekombination solle ein Standort gesucht werden.

Herr Hoffstadt führt aus, dass der derzeitige Zustand für die Freiwillige Feuerwehr in Refrath unhaltbar sei. Die SPD-Fraktion favorisiere den Standort Steinbreche/Marktplatz. Er liege zentral und biete Parkmöglichkeiten. Er schlage jedoch vor, beide Standorte auf ihre Geeignetheit zu überprüfen.

Frau Schmidt-Bolzmann und Herr Ziffus sprechen sich ebenfalls für den Standort Steinbreche/Marktplatz aus.

Herr Ziffus fragt, ob seine Annahme richtig sei, dass im Falle einer Entscheidung für den Standort Steinbreche/Marktplatz die Stadt das Grundstück Marktplatz an die Feuerwehr verkaufe, was durch die Einnahmen aus Feuerwehrgebühren finanziert würde.

Herr Schütz führt aus, dass die Vorlage der Verwaltung „zwischen den Zeilen“ eine Favorisierung des Standortes Steinbreche/Marktplatz erkennen lasse. Er wolle jedoch klarstellen, dass heute die Suche nach einem geeigneten Standort für die Feuerwache und das Gerätehaus beschlossen werde; eine Festlegung für einen Standort werde heute nicht vorgenommen. Die Verwaltung müsse objektiv und sachlich prüfen. Die Verwaltung solle auch den jetzigen Standort des Malteser Hilfsdienstes in Refrath prüfen.

Herr Albrecht erläutert, die Verwaltung müsse vorrangig nach einem Standort suchen, der den höchsten Zielerreichungsgrad und damit die größte Effektivität der Feuerwehr gewährleiste.

Herr Widdenhöfer erläutert, dass der Bau der Rettungswache langfristig über die Einnahmen aus Krankentransportgebühren refinanziert werde. Der Bau des Gerätehausesginge zu Lasten der Stadt. Die günstigste Lösung stelle dabei die Kombination von Feuerwache und Gerätehaus dar. Dies solle auch heute beschlossen werden. Es sollten mehrere Standorte geprüft werden. Der Standort Steinbreche/Marktplatz stelle sich

jedoch bereits im Vorfeld als ein sehr guter Standort dar. So würden z.B. viele Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr in der Nähe dieses Standortes wohnen, was eine schnelle Erreichbarkeit gewährleiste.

Herr Orth weist noch einmal darauf hin, dass mit dem heutigen Beschluss zur Suche nach einem geeigneten Standort auch die Entscheidung getroffen werde, Rettungswache und Gerätehaus gemeinsam an einem Standort zu errichten. Bezüglich des Standortes würden mehrere Alternativen überprüft.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Prüfung nach einem geeigneten Standort für eine Rettungswache Bergisch Gladbach-West in Verbindung mit dem Feuerwehrgerätehaus Refrath vorzunehmen und danach die für eine Errichtung erforderliche Planung zu erarbeiten.

7. ~~<-@~~  
**XVII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach**

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

~~<-@~~  
Die XVII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

8. **Zustimmung zur externen Ausschreibung von vier Stellen im Bereich 7/67 - Stadtgrün -**

@-> Herr Dr. Kassner erläutert, dass die Besetzung der Stellen notwendig sei. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die sicherstelle, dass die Stellen schnell besetzt werden und gleichzeitig die Förderung durch das Arbeitsamt und eine hohe Flexibilität in der Personalpolitik gewährleiste. So könnte das notwendige Personal zunächst befristet durch die Stadt und dann von der GL Service gGmbH eingestellt werden.

Herr Ziffus und Herr Waldschmidt führen aus, dass sie die Einstellung des Personals durch die Stadt - und damit nicht durch die EBGL oder GL Service gGmbH - bevorzugen würden. Sie weisen darauf hin, dass viele Spielplätze, Rad- und Fußwege mittlerweile zugewuchert seien. Die Stadt müsse dringend ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen.

Herr Lang bittet darum, über die Einstellung eines Gartenmeisters und die Einstellung von drei Gartenarbeitern getrennt abzustimmen. Er habe bezüglich der Gartenarbeiter Zweifel, ob die Einstellungen tatsächlich notwendig seien. Die Arbeiten könnten im Rahmen des Sponsorings auch durch private Gartenbaubetriebe durchgeführt werden. Die vorhandenen Gartenarbeiter könnten außerdem durch Leistungszulagen motiviert werden, ein größeres Arbeitsergebnis zu erzielen.

Frau Schmidt-Bolzmann spricht sich ebenfalls für die Forcierung einer verstärkten

Aufgabenwahrnehmung durch Sponsoren aus.

Herr Kreilkamp erläutert, dass der Beschlussvorschlag vorsehe, nur einen Teil der offenen Stellen zu besetzen. Dies sei jedoch auch notwendig. Er spricht sich ebenfalls für eine Einstellung des Personals durch die Stadt aus.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Zustimmung zur externen Ausschreibung der Stelle Nr. 872 - Gartenmeister - im Bereich 7-67 - Stadtgrün - wird erteilt. Die erforderliche Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist zu beantragen.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme der BfBB folgenden **Beschluss**:

Die Zustimmung zur externen Ausschreibung der drei Stellen Nr. 1194, 1206 und 1215 - Gartenarbeiter - im Bereich 7-67 - Stadtgrün - wird erteilt. Die erforderliche Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist zu beantragen.

9. **<-@**  
**Entsendung von städtischen Vertretern in den Verein "Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V."**

@-> Herr Albrecht beantragt, die Beratung zu diesem TOP in die Hauptausschusssitzung am 12.06.2007 zu vertagen, da die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Die Vertagung verursache keinen Nachteil, da die Ratssitzung am 26.04.2007 abgesetzt worden sei und somit ohnehin erst in der Ratssitzung am 19.06.2007 über die Vorlage entschieden werden könne.

Herr Schütz spricht sich gegen diesen Antrag aus.

Herr Ziffus erläutert, er erwarte, dass der städtische Vertreter vor jeder ISG-Sitzung sein Abstimmungsverhalten mit den Ratsfraktionen abstimme.

Herr Waldschmidt führt aus, dass die SPD dem Vertagungsantrag zustimmen werde, obwohl ihrerseits kein Beratungsbedarf mehr bestünde.

Der Vertagungsantrag wird mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von KIDitiative und BfBB bei Enthaltung der FDP mehrheitlich angenommen.

10. **<-@**  
**Bericht über die Anwendung der Experimentierklausel nach § 126 Gemeindeordnung**

@-> Herr Ziffus erläutert, dass ihn das Fernbleiben der türkischen Mitglieder des Integrationsbeirates von den Sitzungen des Beirates verwundere. Er frage sich, worin dieses

Verhalten begründet liegen könnte. Er könne sich vorstellen, dass ein Grund für das Fernbleiben die in den Richtlinien des Landschaftsverbandes formulierte Gleichbe-

handlung von Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe sei.

Herr Orth empfiehlt Herrn Ziffus, eine Sitzung des Integrationsbeirates aufzusuchen, um diese detaillierten, aber wichtigen Fragen zu klären.

Herr Ziffus stimmt diesem Vorschlag zu.

Herr Lang fragt, was es bedeute, wenn der Hauptausschuss einem Bericht zustimme, anstatt ihn zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Orth erläutert, dass der Rat eine Verpflichtung eingegangen sei, die damit erfüllt werde und verweist zur Erläuterung auf die Vorlage (Seite 39 der Einladung).

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung von FDP und BfBB folgenden **Beschluss**:

<-@

Der Hauptausschuss stimmt dem Bericht über die Anwendung der Experimentierklausel zu.

## **11. Bericht aus dem Integrationsbeirat**

- @-> Herr Dr. Kassner weist auf einen möglichen redaktionellen Formulierungsfehler auf Seite 43 der Tagesordnung hin. Er könne sich nicht vorstellen und die Formulierung nicht akzeptieren, dass an der Realschule Probleme mit eingeschränkter Auffassungsfähigkeit, verursacht durch mangelnde Deutschkenntnisse, bestünden. Der richtige Ausdruck sei nicht „Auffassungsfähigkeit“, sondern „Verständnisfähigkeit“.

Die Mitteilungsvorlage wird mit dieser Änderung zur Kenntnis genommen.

<-@

## **12. Genehmigung einer Dienstreise von Vertretern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen nach Köln**

- @-> Auf eine Frage von Frau Schmidt-Bolzmann erläutert Herr Orth, dass es sich bei der Angabe „Finanzielle Auswirkungen: (...) 3. Finanzierung – Eigenanteil: 3.838,15 EUR (...)“ um das Budget handle und nicht um die Kosten der Dienstreise.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

- @-> Der Hauptausschuss genehmigt die Dienstreise des Herrn Peter Hillebrand (Vorsitzender des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen) und des Herrn Hans Lauten (stellvertretender Vorsitzender des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen) am 05.05.2007 nach Köln.

<-@

## **13. Anträge der Fraktionen**

### **13.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2007 zur Erstellung und Einführung eines**

## **Prämiensystems für besondere Leistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung**

@-> Auf Ausführungen von Herrn Lang erläutert Herr Orth, dass es - wie in der Vorlage dargestellt - seit Jahren ein „Betriebliches Vorschlagswesen“ gebe. Es solle hierfür in Zukunft verstärkt geworben und die neuen tariflichen Instrumente des TVöD genutzt werden.

Frau Schmidt-Bolzmann fragt, ob die Betriebliche Kommission bereits Ergebnisse vorgelegt habe.

Herr Kreilkamp antwortet, dass der TVöD eine Prämienregelung in einer Dienstvereinbarung und dafür einen großen Gestaltungsspielraum vorsehe. Deshalb sei auch die Betriebliche Kommission aus Personalrat und Verwaltung eingerichtet worden, die ein transparentes System erstellen solle. Es werde nicht nur in der Bergisch Gladbacher, sondern auch in anderen Stadtverwaltungen diskutiert, ob das System auf der Basis von Zielerreichungen oder auf der Basis von Beurteilungen erstellt werden soll. Denkbar sei auch ein Mischsystem.

Herr Schütz regt an, nicht nur finanzielle Anreize zu schaffen, sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch durch Anerkennung zu motivieren. Dies könne z.B. durch öffentliche Belobigungen oder durch das Verleihen von Ehrenabzeichen geschehen.

Herr Dr. Kassner ergänzt, dass auch Zeitgutschriften (z.B. ein halber Tag Urlaub) oder Freikarten (z.B. für Schwimmbäder) als Prämien eingesetzt werden könnten. Er kritisiert, dass die Vorlage nicht darstelle, welche Effekte die genannten 70 Anträge gehabt hätten (Seite 49 der Einladung).

Herr Lang fordert den Bürgermeister auf, die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auch über das bereits bestehende Vorschlagswesen, insbesondere in Bezug auf Einsparvorschläge, zu informieren. Zu einer Anerkennung besonderer Leistungen gehöre auch die Beförderung.

Herr Kreilkamp erläutert, dass die Verwaltung ständig für das betriebliche Vorschlagswesen werbe und auch Anerkennungen ausspreche. Die Zahl der Vorschläge sei jedoch zurückgegangen. Die Höhe der Prämienauszahlung orientiere sich insbesondere am wirtschaftlichen Erfolg der Vorschläge.

Frau Koshofer bittet Herrn Kreilkamp um einen Zwischenbericht über die bisherigen Beratungsergebnisse und den Verfahrensstand der Betrieblichen Kommission.

Herr Orth schlägt dem Hauptausschuss vor, den Antrag der FDP-Fraktion im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung anzunehmen.

Dem stimmt der Hauptausschuss einvernehmlich zu.

<-@

### **14. Anfragen der Ausschussmitglieder**

@-> Herr Freese: Anfrage zu Informationen über private Unterkünfte in Bergisch Gladba-

ch

Herr Freese fragt, ob die Stadtverwaltung im Bedarfsfall an Besucherinnen und Besucher der Stadt Informationen über private Unterkünfte zur Verfügung stelle, so wie es in vielen anderen Kommunen üblich sei.

Herr Orth antwortet, dass Interessenten bei Nachfrage im Büro für Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit das Gastgeberverzeichnis der Naturarena ausgehändigt werde. Die Naturarena sei ein Zusammenschluss des Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreises zum Zwecke der Tourismusförderung. In dieser Broschüre seien jedoch nur Mitglieder der Naturarena aufgeführt. Es werde im Rahmen des Stadtmarketings überlegt, wie diese Information für Auskunftssuchende vervollständigt werden könne.

Herr Hoffstadt regt an, an einer zentralen Stelle (z.B. am S-Bahnhof) eine Telefonzelle mit Monitor, über den die freien Unterkünfte abrufbar sind, zu installieren.

#### Herr Ziffus: Anfrage zum Integrationsbeirat

Herr Ziffus bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme zur Lösung der Problematik in Bezug auf den Integrationsbeirat (vergleiche TOP A 10 und 11). Es müsse überlegt werden, wie türkischen Mitbürgern Werte wie die Gleichberechtigung von Frau und Mann vermittelt werden können. Dies sei ein zentraler Punkt der Schwierigkeiten mancher islamischer Gruppen mit der Teilnahme z.B. an Sitzungen des Integrationsbeirates.

Herr Orth bittet Herrn Ziffus nochmals, Kontakt zum Integrationsbeirat aufzunehmen und sich bei diesem über die angesprochene Problematik zu informieren. Die Beantwortung dieser Frage sei zu komplex, als das sie seitens der Verwaltung in knapper Form dargestellt werden könne.

#### Herr Schütz: Anfrage zur Installation eines „Wegweisers“ im Rathaus Bergisch Gladbach

Herr Schütz schlägt vor, im Rathaus Bergisch Gladbach Informationstafeln anzubringen. Er sei im Rathaus schon häufig Menschen begegnet, die auf der Suche nach bestimmten Organisationseinheiten waren und diese auf Grund fehlender Hinweistafeln im Eingangsbereich des Rathauses nicht hätten finden können. Den Suchenden müsste dabei auch häufig der Weg in das Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz/Gohrsmühle bzw. das Bürogebäude Hauptstraße erläutert werden. Er führt aus, dass es solche Informationstafeln im Eingangsbereich noch vor einiger Zeit gegeben habe, diese seien jedoch mittlerweile nicht mehr vorhanden.

Herr Orth antwortet, dass er die Einrichtung eines entsprechenden Informationssystems im Rathaus Bergisch Gladbach überprüfen werde.

#### Herr Schütz: Anfrage zur Reparatur der Straßenbeleuchtung durch die BELKAW

Herr Schütz erläutert, er habe in der Zeitung gelesen, dass die Reparatur der Straßen-

beleuchtung durch die BELKAW nicht zufrieden stellend durchgeführt werde. Er fragt, ob es möglich sei, bei der BELKAW auf eine bessere Wahrnehmung dieser Aufgabe zu drängen.

Herr Schmickler antwortet, dass ein neues digitales Straßenbeleuchtungssystem in Bergisch Gladbach installiert werden soll. Dieser Auftrag werde durch eine europaweite Ausschreibung vergeben. Dabei werde auch das angesprochene Problem aufgegriffen und gelöst. Derzeit sei eine wirksame Kontrolle nicht möglich, da sie unverhältnismäßig hohen organisatorischen und personellen Aufwand erfordern würde. Das neue System werde automatische Meldung über seine Funktionsfähigkeit geben. Damit werde eine ordnungsgemäße Reparatur kontrollierbar.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@